

28. Jahrgang, Ausgabe 3, Dezember 2022

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

„... und Friede auf Erden ...“

Aus dieser Ausgabe

...und Friede auf Erden...	1
Predigt MP Dr. Reiner Haseloff	3
EAK-Landesvorstände treffen sich mit Landesbischof Kramer	5
Begegnung und ökumenischer Dialog mit orthodoxen Christen	7
Zur Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	10
Zum Feiertagsgesetz und Bestattungsgesetz	11
Energiewende in Deutschland	13
Kinderliteratur-tipp	20

Es ist nicht mal ein Halbsatz, nur ein kleines Stück aus der Weihnachtsgeschichte. Als Jesus in Bethlehem geboren ist, hören die Hirten bei ihren Hürden in tiefer Nacht die Botschaft der Engel: „Euch ist heute der Heiland geboren.“ und „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ Friede auf Erden – ich sehne mich danach. Wie kann Friede auf Erden werden für die Bewohner in den zerstörten Städten und Dörfern in der Ukraine, im Jemen und überall dort wo Hass und Gewalt den Frieden zerstört und Gewalt gesät wird ? Mir ist eine Zeile aus einem Lied eingefallen, das ich in meiner Jugend gehört und mitgesungen habe: „Da fängt der Friede an“. Auf Youtube habe ich es wiedergefunden und möchte es gerne mit Ihnen teilen.



Der neue Marienaltar im Naumburger Dom. Foto Stehli

Wenn einer zu reden beginnt,
wo Fronten verhärtet sind,
da fängt der Friede an.

Wenn einer zu schweigen beginnt,
wo zu viele Worte sind,
da fängt der Friede an.

Wenn einer zu denken beginnt,
wo offene Fragen sind,
da fängt der Friede an.

Wenn einer zu handeln beginnt,
wo viele Probleme sind,
da fängt der Friede an.

Wenn einer zu beten beginnt,
wo Menschen am Ende sind,
da fängt der Friede an.¹

Frieden zwischen uns Menschen wächst klein und fast lautlos. Wie bei Manfred und Ulrich. Nach dem Tod ihrer Mutter hatten sie sich über das Erbe zerstritten. Es ging nicht um viel, aber ums Prinzip. Sie hatten den Kontakt abgebrochen. Und es hat sehr lange gedauert, bis Manfred zum Telefon griff und seinen Bruder anrief. Mit klopfendem Herzen und mit der banger Frage: wie fang ich an, denn er wusste auch gar nicht so richtig, was er seinem Bruder sagen sollte. Viel mehr als „Frohe Weihnachten!“ und „Wie geht es dir so?“ wurde es dann auch nicht. Aber seither reden sie wieder miteinander. Nicht oft, nicht viel, aber sie reden.



Regionalbischof Dr. Dr. h. c. Johann Schneider
©EKM

Oder wie damals im Luftschutzkeller in Magdeburg. Es muss furchtbar gewesen sein. Eberhard war noch ein Kind. Zusammen mit seiner Mutter und seinen Geschwistern kauerte er dort zwischen vielen Menschen. Sie waren unruhig, voller Angst und Anspannung, manche weinten. Und dann begann Eberhards Mutter laut zu beten: „Vater unser im Himmel, geheiligt werde dein Name. Dein Reich komme, dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden . . .“. Und nach und nach stimmten immer mehr Stimmen mit ein. Da war eine ganz andere Atmosphäre im Keller. Das hat Eberhard tief beeindruckt. Viele Jahre später erzählt er seinen Kindern davon, wie sich die Anspannung löste und Friede sich ausbreitete.

Liebe Leserinnen und Leser, kleiner als an Christi Geburt kann Friede kaum anfangen. Mit einem neugeborenen Kind. Es hat eine Stimme, aber sprechen kann es nicht. Stattdessen reden Engel von ihm und sagen: dieses Kind ist der Heiland, der Friedensbringer. Die Hirten erzählen es weiter und seine Mutter, Maria, hört es, schweigt und denkt darüber nach. Weise Männer aus dem Morgenland beten an der Krippe, in der das Kind liegt. Und einer, der in der Weihnachtsgeschichte nur eine Nebenrolle spielt, handelt konsequent als Gefahr droht: Josef. Er flieht mit Maria und dem kleinen Jesus ins Ausland, weil sie zu Hause vom Tode bedroht sind. Reden und schweigen im richtigen Moment, verantwortlich denken und handeln und vertrauensvoll beten – später als Erwachsener hat Jesus das alles getan. Und er hat Menschen zum Schweigen, Nachdenken, Beten, Reden und Handeln ermutigt und tut das bis heute. Sie und ich, wir können zu reden beginnen, wo Fronten verhärtet sind. Ganz bestimmt. Wir können schweigen, wo zu viele Worte sind. Wir können über Streitfragen gemeinsam nachdenken. Wir können sicher nicht alle Probleme lösen, vor die wir gestellt sind, aber wir können wenigstens an einer Stelle anfangen und etwas tun. Und beten können wir! Das muss keine große, feierliche Sache sein. Vielleicht reicht für den Anfang auch ein Seufzer: „Ach, Gott!“ Ja, der Friede auf Erden fängt klein an. Aber der Anfang ist gemacht. Frohe Weihnachten und ein friedvolles Jahr 2023!

Regionalbischof Dr. Johann Schneider



Lichterwelt in Magdeburg Foto: B. Nether

¹Text: Raymund Weber, Melodie: Ludger Edelkötter, 1978

Predigt MP Dr. Reiner Haseloff zum Reformationstag/ Allerheiligen 2022 im Magdeburger Dom



MP Dr. Reiner Haseloff ©Foto M. Fiek

Psalm 46, 2-12

²Gott ist unsre Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in den großen Nöten, die uns getroffen haben. ³Darum fürchten wir uns nicht, wengleich die Welt unterginge und die Berge mitten ins Meer sanken, ⁴wengleich das Meer wütete und wallte und von seinem Ungestüm die Berge einfielen. ⁵Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein, da die heiligen Wohnungen des Höchsten sind. ⁶Gott ist bei ihr drinnen, darum wird sie fest bleiben; Gott hilft ihr früh am Morgen. ⁷Die Völker müssen verzagen und die Königreiche fallen, das Erdreich muss vergehen, wenn er sich hören lässt. ⁸Der HERR Zebaoth ist mit uns, der Gott Jakobs ist unser Schutz. Sela. ⁹Kommt her und schauet die Werke des HERRN, der auf Erden solch ein Zerstören anrichtet, ¹⁰der den Kriegen ein Ende macht in aller Welt, der Bogen zerbricht, Spieße zerschlägt und Wagen mit Feuer verbrennt. ¹¹Seid stille und erkennet, dass ich Gott bin! Ich will mich erheben unter den Völkern, ich will mich erheben auf Erden. ¹²Der HERR Zebaoth ist mit uns, der Gott Jakobs ist unser Schutz.

Liebe Gemeinde,

in unruhigen Zeiten erfreut uns der vierte Vers dieses sechsundvierzigsten Psalms sehr. Es gibt verschiedene Übertragungen des alten hebräischen Liedes, welches besonders von den verantwortlichen Tempelhütern angestimmt worden sein soll. Martin Luther - ohne den es am Reformationstag nicht geht - hat die schönste Übersetzungsvariante gefunden. Seine ganze Seele hat er hineingelegt. Wie schön sind die Worte, die er finden durfte: „Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein, da die heiligen Wohnungen des Höchsten sind.“ Ob und wie biblische Texte wahr sind, ist immer wieder gefragt worden. „Was ist überhaupt Wahrheit“ können wir als größere Frage gleich hinterher schieben. Pilatus - der für den Jesumord verantwortliche Politiker - hat sie gestellt. Und Jesus gab ihm (wie es scheint) keine Antwort. Nicht weil er nichts zu sagen gewusst hätte, sondern vielleicht, weil er als Weltenpriester den römischen Politiker hat schonen wollen. Aber was weiß man davon schon? Grau bleibt alle Theorie. Wir suchen Alternativen zu dem, was ist. Ob biblische Texte in diesem Sinne wahr werden könnten? Und wenn sie tatsächlich von dieser brutalen 1:1 Wahrheit wären (wie manche meinen oder wünschen) dann könnten wir sie ganz einfach auf unseren Alltag anwenden. Den Feind lieben, die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden, alle Bedürftigen aufnehmen usw. Tatsächlich kann man als Einzelperson auch viel in diesem Sinne unternehmen. Individualethik ist möglich. Politische Verantwortungsethik sieht schon anders aus. Individuen haben tatsächlich eine begrenzte Freiheit. Staaten und Staatenbünde werden zusätzlich noch von gewaltigen Sachzwängen gesteuert, denen man sich kaum entziehen kann, ohne größeren Schaden anzurichten. Weil das so ist, ist es gut, dass Staatspolitik und kirchliches Handeln im Laufe des letzten Jahrhunderts in mancher Hinsicht entkoppelt werden konnten. Die Kirche ist für den Staat nicht mehr direkt systemrelevant. Sie ist nur insofern systemrelevant, als sie nach dem Zusammenbruch der Systeme noch wesentlich existieren kann. Man könnte also von einer exzentrisch gelagerten relativen Systemrelevanz sprechen. Der sechsundvierzigste Psalm ist oft als Durchhaltepsalm verstanden worden. Wir hören in seinen Versen das Übliche, was in Zeiten großer Verunsicherung gesagt wird. Egal ob es plausibel ist oder nicht, egal ob die Fakten für oder gegen einen sprechen: „Gott ist mit uns. Er wird die Heiden belehren. Wir fürchten uns nicht.“ So sind die Worte. Die Realität ist aber auch anders. Gott scheint sich zurückgezogen zu haben und lässt uns allein mit den Dingen, die wir entweder selber oder andere verschuldet haben. Gott belehrt überhaupt keinen mehr

und greift auch nie ein. Und wir fürchten uns doch und sehr - und handeln vorwiegend aus Furcht. Sind also die biblischen Worte nur fromme Übertreibungen, um den Weg durch das Leben zu erleichtern - haben aber eigentlich keine Chance auf Verwirklichung in dem Bereich, den wir Realität nennen? Blieben in diesem Falle also unsere realen Erlebnisse im Leben dann auf der einen Seite und die frommen Lieder und Texte mit unserem Glauben (was auch immer das ist) auf der anderen? Schlägt die Wirklichkeit nach dieser Kirchenstunde draußen gleich wieder über uns zusammen. Gäbe es außer einer quasiästhetischen keine wirklich tragfähige Verbindung zwischen unserem Leben und dem Inhalt des Textes? Heute schreiben wir das Datum des Reformationsfestes. Einen Tag vor Allerheiligen. Erst die Reformation - dann die Heiligen. Wer das erste Wort hat ist wichtig - und wer das letzte hat, lacht oft am längsten. Wer das erste Wort hat, der hat was zu sagen und nimmt eine Ehrenstellung ein. Aber wer das letzte Wort hat, bekommt die Aufmerksamkeit. Auch Luther beschäftigte sich mit der Frage, wie die Worte der Heiligen Schrift zu behandeln wären und inwiefern sie zueinander über- oder unterzuordnen wären. Als Hauptverdienst wollen wir ihm anrechnen, dass dieser Mann aus Wittenberg mit Hilfe vieler ihm bereits vorliegender Übersetzungen und traditionellen Deutungen, die es im Blick auf das Bibelbuch in alten Sprachen und auch in Deutsch - wenn auch einem unbeholfenen - bereits gab, sich selber hinsetzte und eine neue bzw. eigen verfertigte Übertragung schuf, die wir heute noch gern benutzen und die unseren deutschen Sprachraum maßgeblich geprägt und damit unser Denken bestimmt hat. Luther hatte auf der Wartburg viel Zeit. Man muss sich für biblische Wahrheiten Zeit nehmen. Thomas Mann hat über Jahre die Romantetralogie JOSEPH UND SEINE BRÜDER geschrieben. In Deutschland begonnen, in Frankreich und der Schweiz damit fortgefahren und in den USA vollendet. Was macht man, wenn man fern der Heimat sein muss. Man erschreibt sie sich neu mit eigenen Büchern. Siehe auch Uwe Tellkamps Turm. Das Volk Israel schrieb sich seine Geschichte im babylonischen Exil zurecht. Schreiben - und damit Lesen ist immer ein Extremzustand. Man schafft sich eine Welt, die verloren ging oder noch nicht da ist, herbei. Das ist der Segen der Utopien - sie sind gar nicht gar nicht da, sondern sie können wirklich ein Nest sein, eine Heimat werden. Aufgabe der Kirche ist es, solche Sätze wie „Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein, da die heiligen Wohnungen des Höchsten sind“ durch die Ruinen der Realität spazieren zu führen, jene Ruinen, die die Politik oft, manchmal sogar ungewollt, erzeugt. Zu dieser Schwierigkeit ist der Christ offenbar berufen - in einer

gewissen hybriden Existenz auf dieser Welt zu leben. Die Stadt aus dem Vers 4 ist Wittenberg, ist Magdeburg, ist auch Moskau und Cherson, Kiew - jeder Ort, wo Menschen zusammenleben (müssen). Es sind nicht nur die entarteten Babelturmstätten der Menschen, sondern diese sind auch latent die Stätte Gottes. Es gibt an jedem Ort ein MEHR, das sich an den jeweiligen heiligen Orten ausdrücken kann - bei uns vornehmlich Kirchengebäude, Beetsäle, Kreuze und am Weg stehende Heiligenbildstöcke sowie die Glocken, die seit gestern hier im Dom stehen. Es gibt keinen gottverlassenen Ort - und deshalb kann man überall - auch unter verzweifelten Tränen - fein lustig bleiben. Die Betonung liegt hier nicht auf lustig sondern auf fein! Fein ist das Gegenteil von grob und ungeschlacht. Nicht das zynische und brutale Lachen der Gewalt und Schadenfreude oder der Sieger ist gemeint. Sondern eine tiefere Zuversicht, der trotz aller faktischen Grausamkeit ein Bereich freigehalten wird, wo sie still ihre Kerze ansteckt und innerlich wird. Wem das nicht reicht, dem sei angedeutet, dass nicht selten aus der Innerlichkeit einiger weniger Menschen das Äußere des Ganzen sich auf sonderbare Weise hat verändern lassen. „Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein, da die heiligen Wohnungen des Höchsten sind.“ Von Brunnlein ist die Rede. Tief ist der Brunnen. Die Goldene Kugel des Froschkönigs fällt hinein und wird der Prinzessin wiedergegeben. „Tief ist der Brunnen der Vergangenheit“ beginnt Thomas Mann sein Heiliges Buch, das ein ganzes Theologiestudium ersetzen kann, wenn man es wirklich liest, liebt und verstanden hat. Am Brunnen sagt Jesus der Frau die Wahrheit, so dass sie damit was anfangen und ihr Leben ändern kann. Am Brunnen treffen sich Isaak und Rebecka. Im Brunnen steckt Joseph drei Tage lang und wird dann der Höchste in Ägypten. Alle Brunnen der Welt sind in ihrer Tiefe miteinander verbunden. Es ist schön, dass Luther den Urtext mit Brunnen übersetzt. Er ist der einzige, der hier sehr weit sich vom Urtext zu entfernen getraut hat. Er hat sich getraut, ein fröhlicher Mensch zu sein - inmitten der Wirren aller Umschwünge, in deren Zeit er hineingeboren worden war, ohne dass er dafür irgendeine Schuld trug. In diesen Brunnen, in dieser Tiefe, dort sind die Wohnungen des Höchsten - heißt es dann weiter. Im Tiefsten kann das Höchste wohnen und nur das Höchste kann das Tiefste wirklich ganz erfüllen. An dieser Stelle ahnen wir die Wahrheit der Mystiker, das Mehr - dieses Etwas, das meta-wahr ist. Etwas, das nicht bewiesen werden kann, sondern hin und wieder erlebt wird. Etwas, das keine Macht hat und nie Macht haben darf. Vielleicht erwarten heute manche von Ihnen, dass ein Politiker Antwort auf tagespoliti-

sche oder weltpolitische Fragen und Zusammenhänge geben muss. Muss er auch. Aber gerade nicht in einer christlichen Predigt. Sie hat eine andere Aufgabe. Die Schönheit der biblischen Texte gibt keine Antwort im Sinne von politischer Pragmatik oder Gesinnungsethik. Wohl kann man mit ihrem Trost Manches tun, was man sich vorher nicht zu tun oder zu lassen getraut hätte. Das Schöne hat ein anderes Gewicht als von ihm erwartet wird. Deshalb lege ich heute Wert auf diesen fünften Vers, der inmitten aller Durchhalteparolen der anderen Verse steht. Weil dieses feine „Mehr“ in der Stadt drinnen mit dabei ist, kann die Stadt fein lustig bleiben, auch wenn sie in Schutt und Asche gelegt worden sein sollte. Wolfgang Schäuble hat vor ein paar Tagen ein Interview gegeben, das ihm sehr übelgenommen worden ist. Man hat ihm vorgeworfen, er hätte mit dummen Sprüchen dazu aufgefordert, der Energiekrise mit zwei warmen Pullovern entgegenzutreten. Aber er hat auch eine kleine Begebenheit berichtet, die von den katastrophorientierten Mainstreammedien leider nicht erzählt wird: Er erinnert sich an die Nachkriegszeit im zerstörten München, als ein amerikanischer Offizier einen anderen darauf hinweist, dass in einem zerschossenen Fenster eine Blechbüchse steht mit ein paar Wiesenblumen drin. Und die Schlussfolgerung der Sieger war, dass sie einander fröhlich beteuerten, dass ein solches Volk, das Blumen in Blechbüchsen in zerschossene Fenster stellt, nicht untergehen kann. Genau in diese Richtung geht es! Und genau davon wird nicht berichtet. Weil das eine enorme Stärke hat. Wir machen einander oft schwach mit unseren durchaus berechtigten Befürchtungen. Wir sollen einander stärken mit der Freude daran, dass wir Zugang zu unerschöpflichen Brunnen des Heiligen haben, aus denen wir schöpfen. Das sind die Worte der heiligen Schrift. Für deren Schönheit sind wir als Kirchen da. Wenn wir diese Schönheit geringschätzen, könnten wir nicht mehr beten und wer nicht mehr für sie betet, der kann auch bald nichts mehr lieben. So ernst ist das und zugleich so einfach. Es soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein, da die heiligen Wohnungen des Höchsten sind.

Heute habe ich von unserem katholischen Abreißkalender folgenden Tagesspruch entnommen:

„Gott will, dass wir fröhlich seien, und hasst die Traurigkeit. Wenn er uns traurig haben wollte, gäbe er uns nicht die Sonne, den Mond und die anderen irdischen Genüsse, die er spendet zur Fröhlichkeit.“ Und von wem ist das wohl? Von Martin Luther. Sie sehen, die Ökumene funktioniert!

Und der Friede Gottes, welcher höher ist als alle unsere Vernunft, bewahre eure Herzen

und Sinne in Christus Jesus, unseren Herren! Amen.

Dr. Reiner Haseloff
MP des Landes Sachsen-Anhalt

Lebhafter Dialog und vertrauensgeprägtes Miteinander – EAK-Landesvorstände treffen sich mit Landesbischof Kramer

Es ist inzwischen eine gute Tradition und ein fester Termin im Jahreskalender: die Landesvorstände der EAKs in Thüringen und Sachsen-Anhalt treffen sich mit den Leitenden Geistlichen der evangelischen Kirchen in unseren Bundesländern. So war nun wieder eine Austauschrunde mit Landesbischof Friedrich Kramer von der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) angesetzt. An dem Treffen, welches am 1. November 2022 im Evangelischen Büro in Magdeburg stattfand, nahmen neben dem Landesbischof die Beauftragten der EKM bei den jeweiligen Landtagen und Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Thüringen, die Oberkirchenräte Albrecht Steinhäuser und Dr. André Demut teil, auf die Seite der Evangelischen Arbeitskreise sechs Vorstandsmitglieder aus Sachsen-Anhalt und drei aus Thüringen, dazu der Mitarbeiter des Landesvorsitzenden des EAK LSA.



Stephen Gerhard Stehli ©Foto Rayk Weber

Es wurde ein im besten Sinne des Wortes guter Austausch von Informationen, Erfahrungen und Meinungen geführt. Es wurde zugehört und sachlich diskutiert, unterschiedliche Standpunkte wurden respektiert. Das ist in einer Zeit häufig anders gelagerte Veranstaltungen besonders positiv hervorzuheben, und dafür

ist allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, besonders aber dem Landesbischof sehr herzlich zu danken.

Die Themenliste war umfänglich und von deutlicher Wichtigkeit. Es wurde über die Lage des Religionsunterrichts diskutiert, der, wie andere Fächer, in beiden Ländern an einem Mangel von staatlichen und kirchlichen Lehrkräften leidet. Dieses geht mit einem bisher ungebrochen hohen Bedarf an den Schulen aller Schulformen einher. Es werden hierbei auch neue Wege ausprobiert, wie zum Beispiel der konfessionell-kooperative Religionsunterricht mit der römisch-katholischen Kirche (KoKoRu), der auch innerhalb des EAK unterschiedliche Bewertungen erfährt. Einig war man sich uneingeschränkt darin, dass alles getan werden muss, um den Religionsunterricht attraktiv und an den Schulen präsent zu erhalten.

Bei der Frage des sogenannten Assistierte Suizids wurden sowohl die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Selbstbestimmung als auch die verschiedenen geplanten Gesetzentwürfe im Bundestag erörtert. Es geht dabei um die Abwägung der persönlichen Selbstbestimmungsrechte und der Pflicht zum Lebensschutz. Aus kirchlicher Sicht steht Leben von seinem Beginn an bis zu seinem Ende in Gottes Hand. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass auch bei persönlichen Einzelfallentscheidungen die Hilfe im Ausnahmefall, wenn es diesen denn gibt, nicht zu einem Geschäftsmodell werden dürfe. Dieses gilt insbesondere für kirchliche, diakonische und karitative Einrichtungen. Die Hospizarbeit hingegen kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Dem Landesbischof ist hier für seine klare und deutliche Positionierung zu danken!

Bei den Bestattungen haben sich die Rituale und Formen in den letzten Jahrzehnten stark verändert: anonyme Bestattung, Seebestattung, Friedwald, Reerdigung. Die grundlegende Feuerbestattung umfasst inzwischen über 75% aller Bestattungen. Dieses hat auch Auswirkungen auf die kirchlichen Friedhöfe. Abgabe, Aufgabe und Schließungen sind hier nicht mehr auszuschließen. Das ist ein herausfordernder Weg für die Kirchen. Hinsichtlich der diskutierten Sargpflicht ist festzuhalten, dass es bisher schon und seit langem Ausnahmemöglichkeiten für jüdische und muslimische Bestattungen gibt. Dazu sind aber geeignete Bodenflächen notwendig. Bei Entscheidungen über eine Erweiterung der sarglosen Bestattungen, der innerhalb der CDU mit Skepsis begegnet wird, sind in jedem Fall die Träger der Friedhöfe und die Position des Bestattungsgewerbes umfassend einzubeziehen.

Umfassend und kontrovers wurden angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die vielfältigen Positionen zur kirchlichen Friedensethik

wie die politischen Stellungnahmen z. B. zu Waffenlieferungen diskutiert. Die Auseinandersetzung um den kirchlichen Pazifismus ist nicht neu, aber wieder virulent geworden. Hier ist der Landesbischof Kramer als Friedensbeauftragter der EKD ein besonders kompetenter Gesprächspartner, auch wenn seine Positionen nicht von allen EAK-Teilnehmern geteilt wurden. Unstrittig waren die Verurteilung des Angriffskrieges wie die Notwendigkeit von humanitärer Hilfe für die Ukraine ebenso, wie die Solidarität mit und die Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge. Aber das Dilemma mancher Fragen wurde deutlich: wie sind Waffenlieferungen im Verhältnis zur Verhandlungsnotwendigkeit zu betrachten? Was hilft entscheidend, was eskaliert? Am Ende stellen sich auch persönliche Fragen: was können wir selbst tun, worauf können wir hoffen. Die Runde war sich einig, dass unterschiedliche Positionen innerhalb der evangelischen Kirche möglich sind und auch ausgehalten werden müssen, selbst wenn es zu diametral unterschiedlichen Entscheidungen kommt. Die Schuldfrage wie die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen gehören in diese Auseinandersetzung mit hinein. Wir müssen vorher sorgfältig zuhören, wenn wir dann entscheiden. – Seitens des Vorsitzenden des EAK LSA wurde festgehalten, dass er sich, wenn er auch die Position des Landesbischofs hier in vielem nicht teile, deutlich und scharf gegen unqualifizierte und persönlich Angriffe gegen den Landesbischof innerhalb der veröffentlichten Meinung stelle. Der EAK stehe für respektvollen Dialog, fordere aber auch beispielsweise die Achtung nicht-pazifistischer Positionen innerhalb von Kirche und Gesellschaft.

Fragen nach dem sorgsamem Umgang mit der deutschen Sprache im Gottesdienst und im kirchlichen Leben, der Bedeutung der Kirche für den historischen wie dem aktuellen Demokratiediskurs wie die durch die Bundesregierung neu aufgegriffene Staatsleistungsdiskussion (Ablösung? Fortführung?) füllten den weiteren Abend.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren vom Verlauf der Begegnung sehr angetan. Dem Evangelischen Büro sei ein herzliches Dankeschön für die Vorbereitung und gastfreundliche Durchführung gesagt. Die nächste Begegnung mit Landesbischof Kramer wird durch den EAK Thüringen vorbereitet. Der EAK Sachsen-Anhalt wird sich 2023 auch mit dem Präsidenten der Evangelischen Landeskirche Anhalts treffen.

Stephen Gerhard Stehli MdL

Landesvorsitzender des EAK der CDU Sachsen-Anhalt

Geistliche und theologische Erfahrungen in persönlicher Begegnung und ökumenischem Dialog mit orthodoxen Christen

1. Biographische Erfahrungen in meiner Kindheit und Jugend

Seit den Kindertagen in Meschen (Mosna), einer großen multiethnischen Gemeinde im Kreis Hermannstadt (Sibiu) in Siebenbürgen/Rumänien kenne ich orthodoxe Christen, ohne dass die „orthodox“ je explizit erwähnt worden wäre. Im nationalkommunistischen Rumänien der 1970er und 80er Jahre galt in der Schule und am Arbeitsplatz offiziell die Staatsdoktrin des wissenschaftlichen Atheismus sowjetischer Provenienz, d.h. offiziell gab es keine Religionsgemeinschaften, sondern nur noch Reste historischer „Kulte“. Gleichzeitig wurde im kommunistischen Rumänien zur Zeit Nicolae Ceausescus faktisch jedes Kind getauft und alle Brautpaare gingen nach der standesamtlichen Trauung in die Kirche. Die Eltern hoher kommunistischer Parteifunktionäre wurden von Bischöfen und Priestern beerdigt – brachte doch im Volksglauben eine Beerdigung ohne Geistliche Fluch über die Familie. Die Verwurzelung religiöser Praxis in den kulturellen Traditionen der Familien waren in der Bevölkerung so stark, dass auch ranghohe Parteifunktionäre selbstverständlich zur Kirche oder Synagoge gehörten, auch wenn sie sich kaum öffentlich im Gottesdienst zeigten. Siebenbürger Sachsen leben seit Jahrhunderten im Gürtel der Karpaten mit orthodoxen Rumänen, mit Aromunen und mit Roma zusammen, aber ebenso mit reformierten, mit unitarischen oder mit katholischen Ungarn, mit Juden und mit Armeniern in dem Land des Segens, das als Land der Duldung (seit der Reformation) jedes Glaubens sicherer Ort geworden war, wie Maximilian Leopold Moltke (1819–1894) es im Siebenbürgenlied treffend beschrieben hat. Das selbstverständliche Mit- und Nebeneinander von unterschiedlichen kulturellen und religiösen Traditionen bestimmt und prägt den menschlichen Umgang von frühester Kindheit an in dieser besonderen europäischen Region am Übergang vom Abendland zum Morgenland. Äußerlich erkennbar waren für mich Orthodoxe vor allem im alltäglichen Lebensvollzug: bei kirchlichen Festen in der Oster- und der Weihnachtszeit, bei Taufen, Namenstagen und Trauungen (Krönungen) und Beerdigungen, die einer anderen Ordnung folgten als der eigenen sächsisch-lutherischen. Aufgrund der üblichen konfessionsnationalen Zuschreibung war orthodox identisch mit rumänisch bzw. evangelisch Augsburgischen Bekenntnisses mit siebenbürgisch-sächsisch. In Meschen gab

und gibt es neben der großen „sächsischen“ Kirchengemeinde zwei kleinere „rumänische“ Kirchen, wobei eine offen war und rege genutzt wurde, während die andere verschlossen war. Das es sich bei letzter um eine griechisch-katholische unierte Kirche handelte, die im kommunistischen Rumänien verboten war, habe ich erst viel später erfahren. Die orthodoxe Fastenpraxis habe ich als Schüler z.B. bei rumänischen Kolchosbauern, den Arbeitskollegen meines Vaters bei der Jause auf der Feldarbeit kennengelernt, als Roma mir eine Brotschneide mit einem leckerem Gemüseaufstrich (zacusca) schenkte und gleichzeitig das Angebot des jungen Parteikaders, der die Feldarbeit „beaufsichtigte“, in der großen Woche (Karwoche) einen Happen frisch gebratenen Specks mit Brot zu essen, dankend mit dem Argument ablehnten, das der Erlöser der Versuchung des Teufels in der Wüste auch widerstanden hätte, was den jungen Funktionär zu sehr unchristlichen Fluchsalven provozierte, da er sich zwar als Kommunist ausgab, aber sicher kein Teufel sein wollte. Ich habe orthodoxe kirchliche Praxis wie andere religiöse Praktiken bis zum Theologiestudium (in Deutschland) nicht durch Literatur (die es in Rumänien) auch gar nicht gab, sondern im beobachtenden Vollzug kennengelernt. Geprägt hat mich sicher, dass meine Eltern als sächsische Bauern einen selbstverständlichen kultur- und religionssensibeln Umgang mit Menschen unterschiedlicher Nationalität und Religion pflegten, auch wenn sie diesen Begriff gar nicht kannten. Das dem jüdischen Arzt Obst und koschere Hühnersuppe angeboten wurde und der orthodoxen Krankenschwester geräucherte Schweinewürste geschenkt wurden, war in unserer Familie selbstverständlich. Die gesellschaftliche Marginalisierung und die widerlichen atheistischen Propagandaveruche v.a. vor dem orthodoxen Osterfest stärkten die emotionale Ablehnung der kommunistischen Ideologie und solidarisierte Gläubige aller Konfessionen untereinander. Das sich Orthodoxe beim Anblick einer Kirche oder eines Wegkreuzes im Bus bekreuzigten, zeigte dass sie orthodox waren, ohne dass das ausgesprochen werden musste. Gleichzeitig erwartete kein orthodoxer Rumäne von einem evangelischen Sachsen, dass er sich bekreuzigte und genauso wenig erwartete eine sächsische Familie das rumänische Jugendliche konfirmiert wurden, da es die Konfirmation in der Orthodoxie überhaupt nicht gibt. Wenn orthodoxe Kinder in der Zeit zwischen Christfest und Epiphania von Haus zu Haus zogen und die Geburtsgeschichte sangen (colinda), gingen sie in jedes Haus, das sie empfing, und fragten nicht, ob ein evangelischer oder ein orthodoxer Hauskalender in der Küche hing. Ebenso war es selbstverständlich nach Ostern mit „Christus ist auferstanden“ zu grüßen und mit „Er ist wahrhaftig auf-

erstanden“ zu antworten. Als ich selbst eines Morgens eine Lehrerin mit „Christus ist auferstanden“ grüßte, entgegnete sie kess „Hast Du ihn gesehen?“. Ich verneinte und antwortete, dass ich das so gelernt hätte, worauf sie antwortete „Na gut, dann ist er wohl auferstanden“. Im Grunde habe ich in der Begegnung mit dem Anderen, den Orthodoxen die eigene lutherische Frömmigkeit leichter begreifen können, wenn z.B. jedes Mal wenn der Name eines Verstorbenen genannt wurde, das Gegenüber sagte „Gott möge ihm verzeihen“ und bei orthodoxen Beerdigungen die inständige Bitte an Maria, der Gottesgebälerin, die Seele des Verstorbenen zu Christus dem Erlöser zu tragen, damit sie nicht im Hades herumirren möge und der Verstorbene ewig keine Ruhe findet. Dass Jesus Christus uns Menschen am Kreuz erlöst hat und wir durch die Taufe gestrost vor Gott Rechenschaft ablegen können, bekennt die ganze Christenheit, aber es lässt sich reformatorisch doch viel leichter aussprechen, weil das „Es ist vollbracht“ in den Chorälen kräftiger zum Ausdruck kommt.

2. Ostkirchenkunde in akademischen Kontexten

Als ich nach Ausbildung und Arbeit als Werkzeugmacher 1986 in Neuendettelsau mit dem Studium der evangelischen Theologie anfang, kannte ich das Fach Ostkirchenkunde gar nicht. Das Interesse an dem Fach und dem Inhalt hat Georg Kretschmar (1925-2009) geweckt, bei dem ich in München studierte. Während einer mündlichen Prüfung fragte er, welche theologischen Fragen mich besonders interessieren würden. Ich antwortete, dass mich die Frage wie Jesus Mensch und Gott zugleich sein könne, besonders interessieren würde. Daraufhin bedauerte er, dass er ab dem folgenden Semester leider Emeritus sei, da ich bei ihm mit dieser Frage genau richtig sei. Und er fragte mich, ob ich nicht Interesse an evangelischer Ostkirchenkunde hätte, da er wahrgenommen habe, dass mir das Erlernen fremder Sprachen Freude bereite und ich keine kulturellen Vorbehalte gegenüber Orthodoxen hätte. Er empfahl mir Heidelberg oder Erlangen als Studienort. So studierte ich schließlich in Erlangen bei der Grand Dame der Geschichte und Theologie des Christlichen Ostens, bei Fairy von Lilienfeld (1917 – 2009) und intensiv bei Karl Christian Felmy und war als studentische Hilfskraft überrascht und fasziniert wie viel theologische Literatur es zu evangelisch-orthodoxen Beziehungen gab. Das ich nach dem 1. Theologischen Examen die Wartezeit zum bayerischen Vikariat als Gasthörer an der Gregoriana und am Pontificio Istituto Orientale (PIO) studieren durfte, empfinde ich

bis heute als ein besonderes Geschenk des Lutherischen Weltbundes, weil ich persönliche und akademische Erfahrungen in einem mir zunächst völlig fremden akademischen und kirchlichen Kontext in Rom sammeln konnte. Die Oikonomia als zentralen kanonischen Grundsatz für die orthodoxe kirchliche Praxis habe ich am PIO an der Piazza die S. Maria Maggiore mit Syrern, Libanesen und Ukrainern studieren können. Oikonomia des Heils heißt verkürzt: die Barmherzigkeit Gottes im Blick auf das Heil und die Befreiung von der Krankheit der Sünde legt barmherzige Entscheidungen im konkreten Fall nahe, ohne das eine Analogie zur kanonischen Akribeia, zum strengen kanonischen Bußrecht gemacht werden muß oder kann. So kann die Taufe, die in der Evangelischen Kirche empfangen wurde, in der Oikonomia selbstverständlich „anerkannt“ werden, wie das 2007 im Magdeburger Dom für alle orthodoxen Kirchen in Deutschland feierlich erklärt wurde, obwohl mangels fehlender Konzilsentscheidungen nach dem VII. Ökumenischen Konzil 787 kanonische Aussagen zu Taufen in reformatorischen Kirchen überhaupt nicht möglich sind, weil die Wittenberger Reformation sieben Jahrhunderte später begann! Am deutlichsten kommt die Oikonomia bei der Möglichkeit zur Scheidung und zweiten und in Ausnahmefällen sogar dritten kirchlichen Ehe/Krönung zum Ausdruck, obwohl die Unauflöslichkeit der Ehe als Geheimnis Gottes und von Mann und Frau selbstverständlich bekannt wird! Dieser alte ostkirchliche Grundsatz ist evangelischen Christenmenschen genauso wie römisch-katholischen fremd, weil er in „westlicher“ Sicht willkürlich erscheint und nicht planbar ist. Dass z.B. in der EKM Kinder und Minderjährige getauft werden, deren Eltern keiner Kirche angehören und nicht getauft sind, widerspricht zwar unserer geltenden Ordnung kirchlichen Lebens, könnte aber kategorial heilsökonomisch betrachtet werden, wenn unsere Praxis mit dem Hinweis „aus seelsorgerlichen Gründen möglich“ nicht so inflationär gebraucht würde. Als Dozent in konfessionskundlichen Seminaren in Erlangen und in Nürnberg und bei der Begleitung vieler orthodoxer Studierender an evangelischen Fakultäten in Deutschland fielen mir immer wieder abwertende kulturelle und pseudotheologische (Vor)Urteile gegenüber orthodoxen Kirchen auf. Dass Samuel Huntington in dem Opus „Kampf der Kulturen“ die insinuierte slawisch-orthodoxe Region nicht zum „Westen“ rechnet, entspricht einer religiös-ideologischen Perspektive, die die Geschichte des Christentums ignoriert. Das Christentum ist eine östliche orientalische Religion und die Wurzeln unseres Glaubens liegen im Judentum und in den orientalischen Kulturen der Antike. Sonst würden wir nicht den Heiligen Abend am Vorabend des Christ-

festes am 24. Dezember feiern – aber wir tun dies, weil der Tag im Orient am Abend nach dem Sonnenuntergang beginnt. Die orthodoxen Kirchen bewahren andererseits antike orientalische und jüdisch-christliche Reinheitstabus in ihrem kanonischen Recht und z.T. in der kirchlichen Praxis, die heute befremden. Die Reinheitstabus irritieren nicht nur zeitgenössische westliche Christinnen und Christen, sondern ebenso orthodoxe Frauen und Männer. Zwar haben einzelne orthodoxe Kirchen wie die Kirche von Antiochien solche Tabus synodal aufgehoben, aber mangels fehlender weltweiter Verständigungspraxis in den orthodoxen Kirchen bleibt dies ein grundsätzlich ungelöstes theologisches Problem orthodoxer Kirchen. Die Möglichkeit einer weltweiten innerorthodoxen Verständigung zu brennenden aktuellen Fragen orthodoxer Kirchen wurde 2016 beim Heiligen Großen Konzil der Orthodoxen Kirche in Kreta nicht realisiert, da Moskau und Antiochia und Sofia dem Panorthodoxen Konzils ferngeblieben waren, obwohl das Patriarchat Moskau seit den 1960er Jahren an dessen Vorbereitung intensiv mitgewirkt hatte.

3. Chance und Herausforderung evangelisch-orthodoxer Begegnungen in Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind fast eine Million Frauen, Kinder und Männer nach Deutschland geflüchtet. Die Mehrheit der Geflüchteten bezeichnet sich selbst als orthodox, auch wenn sie im Einzelnen vielleicht gar nicht sagen können, was für sie orthodox heißt. Orthodoxe Christen sind gegenwärtig die drittgrößte christliche Konfession in Deutschland, die jedes Jahr um zigtausende Gläubige durch Zuwanderung in der EU und durch Geflüchtete wächst. Da die Orthodoxen Kirchen trotz des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts die Kirchensteuer und das deutsche Mitgliedschaftsrecht ablehnen, werden sie bei der offiziellen Statistik wie evangelische Freikirchen nicht in Betracht gezogen. Das könnte vielleicht manche betrubten evangelischen und katholischen Zeitgenossen trösten, da durch die Orthodoxen noch immer mehr als die Hälfte der Bevölkerung christlich ist. Die temporäre und längerfristige kirchliche Beheimatung der aus der Ukraine Geflüchteten erscheint mit als die größte gegenwärtige Herausforderung der Kirchen in Deutschland. Zwar gibt es hilfreiche Materialien des Bensheimer konfessionskundlichen Instituts zum Verständnis orthodoxer Frömmigkeit und kirchlicher Praxis, aber ich vermisse eine Initiative seitens der

Evangelischen Kirche und ihrer Gliedkirchen, um in unseren Gemeinden Verständnis und Interesse über orthodoxe Christen aus der Ukraine zu vermitteln und die Aufnahme von Geflüchteten als eine geistliche Aufgabe und nicht primär psycho-soziale Angelegenheit zu definieren. Durch die wachsende Ablehnung ukrainischer Gläubiger an Gottesdiensten in Gemeinden des Moskauer Patriarchats in Deutschland teilzunehmen, sind hunderttausende ukrainische Gläubige kirchlich hierzulande heimatlos. Die seit 2019 bestehende Kiewer Metropolie hat hierzulande kaum Ansprechpersonen. Was spricht dagegen in den 20 evangelischen Landeskirchen Beauftragte für Gottesdienst und Seelsorge mit Ukrainerinnen und Ukrainern zu berufen und dem Kirchenamt in Hannover die Koordination dieser Aufgabe zu übertragen? Auf diese Weise würde deutlich, dass die EKD wahre Kirche ist. Theologisch kompetente Frauen und Männer wären im Jungen Forum Orthodoxie und unter den früheren und gegenwärtigen Delegierten der ökumenischen Dialoge der EKD sehr leicht zu finden.

Regionalbischof Dr. Johann Schneider



Das griechisch-orthodoxe Kloster
Docheiariou auf dem Heiligen Berg Athos
in Griechenland ©Stehli

Vielfaltssicherung in schwierigen Zeiten – zur aktuellen Debatte über die Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks



StMin Rainer Robra @Staatskanzlei

Warum gibt es in Deutschland einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, also die ARD-Anstalten, das ZDF und das Deutschlandradio, schöpft seine Legitimation aus seinem Auftrag, der vom Bundesverfassungsgericht aus dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit in Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes abgeleitet wird. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt demnach in der dualen Rundfunkordnung, das heißt im Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatwirtschaftlichem Rundfunk, die Erfüllung des klassischen Funktionsauftrags der Rundfunkberichterstattung zu. Er hat die Aufgabe, als Gegengewicht zu den privaten Rundfunkanbietern ein Leistungsangebot hervorzubringen, das einer anderen Entscheidungsrationale als der ökonomischen Anreize folgt und damit eigene Möglichkeiten der Programmgestaltung eröffnet. Verfassungsrechtliches Ziel ist demnach, die Vielfaltssicherung im demokratischen Diskurs.

Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk diese Funktion jedoch wahrnehmen kann, braucht er das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger; denn es ist grundsätzlich jeder verpflichtet, diesen über den Rundfunkbeitrag von derzeit monatlich 18,36 Euro zu finanzieren. Das Vertrauen ist seit diesem Sommer wieder einmal und diesmal in einem bisher nicht dagewesenen Maße erschüttert worden. Vorgänge beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), aber auch beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) sind Thema öffentlicher Debatten geworden. Diskutiert werden derzeit vor al-

lem Fragen des Umgangs der Rundfunkanstalten mit Beitragsmitteln, Fragen von Compliance und unzureichender Aufsicht. Klar war schon vorher, dass Reformbedarf bei Auftrag und Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten besteht, jedoch habe ich jetzt die Hoffnung, dass die aktuelle öffentliche Debatte eine Dynamik entfaltet, die substanzielle Reformen ermöglicht, wie Sachsen-Anhalt sie schon lange fordert. Sehr lesenswert ist in diesem Zusammenhang das Interview mit Günter Nooke in der September-Ausgabe des Magazins des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der viele Reformfelder sehr treffend benennt, wie etwa die intransparenten Strukturen beim Hauptprogramm der ARD. Schon länger wird zudem kritisiert, dass Teile der Anstalten sich mit einem volkserzieherischen Auftrag berufen fühlen, persönlichen Ansichten und eigene Weltanschauungen zur Grundlage ihrer Berichterstattung zu machen.

Einzelne Landesrundfunkanstalten sind nach den Erfahrungen von Massenpropaganda in der Zeit des Nationalsozialismus und der Weimarer Republik zunächst in Westdeutschland und Berlin etabliert worden. Orientierungsmaßstab war im Kern die British Broadcasting Corporation, kurz BBC. Schon 1952 bildeten die Anstalten eine Arbeitsgemeinschaft, die heute unter dem Namen ARD bekannt ist. Später kamen das ZDF und das Deutschlandradio als nationale Rundfunkanstalten hinzu. Im geeinten Deutschland wurde dieses System dann auch auf die ostdeutschen Länder übertragen, die ihrerseits ganz eigene Erfahrungen von Propaganda und Agitation mit der SED-Diktatur gemacht hatten. Die Vorstellung bei der Errichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war, dass der Rundfunk der Gesellschaft gehört und daher frei von staatlichen Einflüssen zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung in der jungen Republik beitragen sollte. Deshalb wurden zur Aufsicht in Programmangelegenheiten und zur Aufsicht über die Geschäftsführung eines an der Spitze stehenden Intendanten Rundfunkgremien etabliert. Ein wichtiger Teil dieser Gremien waren und sind bis heute Vertreterinnen und Vertreter der Evangelischen Kirchen in Deutschland. Neben den Gremien prüfen die Rechnungshöfe der Länder die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Rundfunkanstalten einschließlich ihrer Tochtergesellschaften. Zudem kontrolliert ein unabhängiges Sachverständigen-gremium, die Kommission zur Ermittlung und Überprüfung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, kurz KEF, alle zwei Jahre die Finanzbedarfsanmeldung der Rundfunkanstalten. Die KEF macht in der Regel alle vier Jahre einen Vorschlag zur Höhe des Rundfunkbeitrags. Dieser ist von den Landesregierungen und Landesparlamenten in einem

Rundfunkbeitragsstaatsvertrag zu beschließen, wobei aufgrund der restriktiven Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts enge Grenzen für eine Abweichung vom Vorschlag der KEF bestehen.

Dieser kurze Blick in das komplexe, über Jahrzehnte entwickelte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem macht deutlich, dass sich allein mit der Änderung staatsvertraglicher Grundlagen die Akzeptanz für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nur schwer erreichen lässt. Hier sind auch die Rundfunkanstalten selbst mit den Vertreterinnen und Vertretern in den Rundfunk-, Fernseh- und Hörfunkräten sowie in den Verwaltungsräten gefragt. Sie können auch dort Einfluss nehmen, wo Handlungsspielräume der Anstalten bestehen. Nicht zuletzt deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass der anstehende Entwurf eines Dritten Medienänderungsstaatsvertrages den Gremien mehr Möglichkeiten gibt, sich in die Entwicklung und Gestaltung der jeweiligen Rundfunkanstalten einzubringen. Die Gremien können und sollen Richtlinien vorgeben und deren Einhaltung überprüfen, die inhaltliche und formale Qualitätsstandards festlegen und u.a. thematische Vielfalt fördern. Sie sollen zudem dazu aufgerufen werden an Maßstäben mitzuwirken, die die Bewertung und Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie eine vergleichende Kontrolle der Ressourceneffizienz ermöglichen. Zurückkommend auf meine eingangs vorgenommen Auftragsbeschreibung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, kann ich mich Günter Nookes Wunsch nur anschließen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sich vor allem auf ein Programm konzentrieren, das bildet, alle angeht, interessiert und im besten Fall uns zusammenbringt statt trennt.

Staatsminister Rainer Robra

Das Feiertagsgesetz und das Bestattungsgesetz in Sachsen-Anhalt sollen novelliert werden

Nachdem schon in der letzten Legislaturperiode durch die Kenia-Koalition das Bestattungsgesetz intensiv diskutiert wurde, nimmt die Deutschland-Koalition jetzt einen neuen Anlauf, und das Feiertagsgesetz wird gleich mit auf die Agenda genommen.

Das Bestattungsgesetz in Sachsen-Anhalt (BestattG LSA)

Das Bestattungsgesetz wurde zuletzt im Jahr 2002 geändert. Im Koalitionsvertrag haben die Koalitionsfraktionen festgehalten, eine interkulturelle Öffnung des Bestattungsrechts anzustreben. Wörtlich heißt es

dort: „Wir werden Angebote zur muslimischen Seelsorge unterstützen. Wir streben eine interkulturelle Öffnung des Bestattungsrechts an, um der Vielfalt der Religionen gerecht zu werden.“ 2017 hatte sich die Vorgängerkoalition darüber hinaus darauf verständigt, den Nachweis zu verlangen, dass bei dem Erstellen der Grabsteine keine Kinder zur Arbeit eingesetzt wurden (das betrifft insbesondere die Arbeit in Steinbrüchen in den entsprechenden Herkunftsländern), und die Bestattung von so genannten Sternenkindern im Gesetz zu verankern. Bei den Neuregelungen sollte im Vordergrund stehen, einen angemessenen Raum und Rahmen für die Trauerbewältigung zu gewährleisten.

Noch im Dezember 2021 hat das Sozialministerium auf eine entsprechende Anfrage allerdings erklärt, wegen der Arbeitsbelastung durch die Corona-Epidemie sei in absehbarer Zeit nicht mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zu rechnen. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass sowohl die Linke als auch Bündnis90/Die Grünen zahlreiche weitere Aspekte neu regeln wollen: das reicht von der (zeitweisen) Aufhebung des Friedhofszwanges und einer Verkürzung der Mindestruhezeit über das Verstreuen der Asche bis hin zur verbindlichen Einführung einer zweiten Leichenschau.

Der Tod ist ein natürlicher Bestandteil unseres Lebens. Genauso wie die Gesellschaft im ständigen Wandel ist, gibt es auch einen Wandel in der Bestattungskultur. Aus der Kombination von Friedhofszwang, aus dem wir aus vielerlei Gründen festhalten wollen, und dem nicht unerheblichen Bevölkerungsanteil muslimischen Glaubens ergibt sich die Notwendigkeit, auch dieser Bevölkerungsgruppe eine Bestattung entsprechend den Riten ihres Glaubens zu ermöglichen. Das betrifft insbesondere die derzeit verbindlich vorgeschriebene Verwendung eines Sarges anstatt von Leintüchern, wie es der muslimischen Tradition entspricht. Wird eine Beerdigung ganz ohne Sarg allerdings gesetzlich pauschal zugelassen, dann dürfte diese Bestattungsform allein aus Kostenerwägungen heraus von sozial Schwächeren und Menschen, deren Beerdigungskosten von der Gemeinde getragen werden müssen, öfter gewählt werden. Aus diesem Grund sollte die Sargpflicht grundsätzlich beibehalten werden, es könnte und sollte aber eine Befreiung aus religiösen Gründen ermöglicht werden. Ob Räumlichkeiten für rituelle Waschungen angeboten werden, ist demgegenüber keine gesetzliche Frage, sondern eine Entscheidung des jeweiligen Trägers bzw. Betreiber des Friedhofes entsprechend der örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse.

Im Gespräch ist auch die so genannte Reerdigung als neue Form der Erdbestattung. Dabei wird der Körper

durch spezielle Fermentationsverfahren zuerst in Erde verwandelt und dann dem Boden übergeben. Seuchen- und Bodenhygieniker weisen darauf hin, daß sich mit diesem Verfahren die hygienischen Verhältnisse, insbesondere auch die Auswirkungen auf das Grundwasser deutlich verbessern ließen. Am Rande sei hier erwähnt, dass dieser Gesichtspunkt im ausgehenden 19. Jahrhundert zur Auflösung vieler mittelalterlicher Kirchhöfe rund um die Innenstadtkirchen führte, da mit dem zunehmenden Bevölkerungsdruck auch Kirchhöfe als Quelle von Seuchen wie Cholera identifiziert wurden. Damit die „Reerdigung“ als neue Bestattungsform in Sachsen-Anhalt zulässig ist, müsste das Bestattungsgesetz geändert werden. Die Würde der Verstorbenen ist jedoch auch bei diesen Verfahren unbedingt zu wahren.

Bestattungsformen, die den Friedhofszwang unterlaufen, wird es mit der jetzigen Koalition nicht geben. Für die CDU ist dabei entscheidend, dass die Pflege des Andenkens Verstorbener an würdiger Ruhestätte öffentlich gewährleistet wird. Die Urne zu Hause oder die Urne im Garten ist weder öffentlich zugänglich noch kann die Ruhezeit garantiert werden.



Anne-Marie Keding MdL
© CDU-Landtagsfraktion

Das Feiertagsgesetz in Sachsen-Anhalt (FeiertG LSA)

Ebenso wie das Bestattungsgesetz ist auch das Feiertagsgesetz seit vielen Jahren, genauer seit 2004 nicht verändert worden und auch im Koalitionsvertrag wurde dazu nichts vereinbart.

Schaut man sich jedoch die Wahlprogramme der drei Parteien an, kommt es möglicherweise in der aktuellen

Wahlperiode zu Diskussionen über das Feiertagsgesetz. Aus Sicht der CDU, die sich zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Kirchen bekennt, wird dabei eine Differenzierung zwischen religiösen Feiertagen und Gedenktagen wichtig sein. Die FDP hat in ihrem Wahlprogramm eingefordert, zukünftig an allen Feiertagen – mit Ausnahme des Volkstrauertages - Tanz- und öffentliche Sportveranstaltungen zu erlauben, solange die religiösen Feierlichkeiten dadurch nicht gestört werden. Die SPD wiederum fordert einen neuen Feiertag, nämlich den 8. März als Weltfrauentag. Die Linke als Oppositionspartei möchte gesetzlich regeln, dass bewegliche Feiertage, die auf arbeitsfreie Tage fallen, am nächsten Werktag „nachgeholt“ werden, indem auch an diesen Tagen die Arbeit ruhen soll. Fällt der erste Weihnachtstag also (wie in diesem Jahr) auf einen Sonntag, soll auch der darauffolgende Dienstag als Feiertag gelten. Das widerspricht aber nicht nur dem Gedanken des Feiertages an sich, sondern auch dem Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie er seit Jahrzehnten praktiziert wird.

Im Vordergrund steht für mich, den Sonntag als allgemein(!) arbeitsfreien Tag zu erhalten. Es gibt starke Bestrebungen, auch in der CDU, die Öffnungsmöglichkeiten für den Einzelhandel deutlich auszuweiten, gerade auch in der Adventszeit. Begründet wird dies mit der Konkurrenz durch die ständige Verfügbarkeit von Waren im Internet und der schwierigen Lage der Innenstadthändler. Daran wird aber ein verkaufsoffener Sonntag mehr wenig ändern, sofern der stationäre Einzelhandel nicht eine grundlegende Antwort auf die Konkurrenz durch die Versandhändler im Internet findet. Wir verzichten dafür aber auf die Sonntagsruhe: die Möglichkeit für alle, an Gottesdiensten unkompliziert teilzunehmen, die Möglichkeit für gemeinsame Zeit für Familien, die Möglichkeit zur Besinnung und Einkehr für jeden einzelnen. Von daher stehe ich jeder Veränderung insoweit erst einmal kritisch gegenüber.

Anne-Marie Keding MdL



Lichterwelt in Magdeburg Foto: J. Scharf



Plakat an der Leipziger Nikolaikirche
©Foto: J. Scharf

Energiewende in Deutschland - Folgen und Herausforderungen



Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach
Foto: privat

1. Ausgangspunkt

Ausgehend von der (teilweise umstrittenen) Hypothese des Weltklimarates, dass anthropogenes CO₂

Hauptverursacher der heutigen Erderwärmung ist, beschlossen die EU (Green Deal) und eine Reihe anderer Staaten den Ausstieg aus fossilen Energieträgern (nicht der Kernkraft) und deren Ersatz durch „erneuerbare“ Energiequellen (Energiewende), um die CO₂-Emissionen zu senken (Dekarbonisierung). Zur Pariser Klimakonferenz wurden dazu konkrete Minde rungszusagen gegeben. Nachfolgend werden Resultate und mögliche Perspektiven der deutschen Energiewende diskutiert.

2. Energiewendepolitik in Europa und Deutschland

Die EU - Politik konzentriert sich bisher u. a. auf:

- a) Erschwerung von Investitionen im Fossilbereich (mangelnde Kreditvergabe). Dies führte z. B. zum Rückgang der Investitionen der Ölbohrfirmen um zwei Drittel und dadurch zu geringerem Angebot (1).
- b) Verteuerung der fossilen Energieträger durch Verknappung der Emissionszertifikate (allein von 2020 zu 2021 von 20 auf über 60 €/ t CO₂), was auch die Gasversorgung tangierte (1) und Besteuerung von CO₂-Emissionen.
- c) Verknappung des fossilen Angebots durch Stilllegung von Kohlekraftwerken. In Europa wurden seit 2017 mehr als 20 Gigawatt (GW) Kohlekraftwerke stillgelegt, davon 11 GW in Deutschland (4).
- d) Ausbau von Windkraft- und Solarenergie

Die deutsche Energiewende setzte bisher einseitig auf Wind, Fotovoltaik, raschen Kohle- und Kernenergieausstieg sowie russisches Erdgas als „Lückenfüller“. Sie umfasste folgende Punkte:

- Seit 1990 vorrangige Netzeinspeisung von Wind- und Solarenergie und deren Subventionierung (bis 2018 ca. 240 Md €)
- Stilllegung der Kernkraftwerke
- Ausstiegsbeschluss (2019) aus der Kohleverstromung bis 2038, was eine Reduktion der gesicherten Kraftwerksleistung von 52 GW bei einer Höchstlast von 82 GW bedeutet (5)
- Als „Übergang“ die Errichtung neuer Gaskraftwerke (geschätzte Leistung 23-40 GW, bisher 4 GW „angeschoben“ (6)) auf der Basis russischen Gasimports
- Trotz aller Warnungen, dass schneller Doppelausstieg aus Kohle und Atomkraft des Energieversorgungslücken hervorruft (7, 8), wurde nach dem umstrittenen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (3) das Klimaschutzgesetz 2021 verschärft, die Erreichung der „Klimaneutralität“ für 2045 (früher als die übrige Welt) vorgezogen, die Emissionssteuer

von 2021 zu 2022 von 25 auf 45 € / t CO₂ erhöht (3) und die erlaubten CO₂-Mengen der einzelnen Wirtschaftsbereiche als jährliche Sektorziele per Verordnung festgesetzt.

- Obwohl auf dem Gas- und Strommarkt ab Mitte 2021 Preissteigerungen auftraten, wurde durch die Ampelregierung der Kohleverstromungsausstieg bis 2030 angepeilt (9) und Ende 2021 drei Kernkraftwerke abgeschaltet, deren Stromproduktion (ca. 5 GW) trotz bereits vorhandener Lieferdefizite durch Gasverstromung kompensiert werden musste.

3. Folgen der deutschen Energiewende

Als Folge der energiepolitischen Entscheidungen begann Mitte 2021, also noch vor dem Ukrainekrieg, eine Energieverknappung und -verteuerung, die zu massivem Preisanstieg für Erdgas, Kohle, Öl und Strom (Abb. 1) führte (Verfünffachung des Gaspreises, Verdreifachung des Industriestrompreises, höchste Strompreise weltweit (4)). Diese Entwicklung wurde durch den Ukrainekrieg verschärft, und es kam durch Sanktionen und verringerten Liefermengen besonders bei Erdgas zu massiven Preisanstiegen und Versorgungslücken. Der Ukrainekrieg wirkte wie ein „Brandbeschleuniger“ (10) einer bereits vorher in Gang gekommenen Entwicklung.

(10). Derzeit baut sich wegen der explodierenden Energiepreise eine Pleitewelle auf, die unseren Wohlstand aufs Spiel setzen könnte. Vielen Mittelstandsunternehmen droht das Aus. Die Großindustrie ist auch betroffen: Die Produktion am Chemiestandort Leuna ist um ca. 40 % gesunken (11), die Stickstoffwerke Piesertitz haben die Düngemittelproduktion zeitweilig eingestellt. Die stark erhöhten Düngemittelpreise (Abb. 2) führten zu Ertragseinbußen, erhöhten Lebensmittelpreisen (Abb. 3) und geringerer Ernährungssicherheit (12).

Die deutsche Aluminiumbranche kollabiert, Europas größter Stahlkonzern Arcelor Mittal stoppte ab Oktober 2022 zwei Anlagen, im Hamburger Langstahlwerk ging die Direktreduktionsanlage außer Betrieb und am Flachstahlstandort Bremen wird ein Hochofen (vorläufig) stillgelegt (13). Inzwischen wendet sich die energieintensive Industrie anderen Standorten zu (14). Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen (Übersicht bei 2). Der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung könnte nachhaltig sinken, weil sie die Energiekosten nicht mehr bezahlen können oder den Arbeitsplatz verlieren. Die Stromversorgung bei Dunkelflauten im Winter läuft Gefahr, zur Strommangelwirtschaft mit Energierationierung, erhöhter Zahl gezielter „Lastabwürfe“, unfreiwilliger regionaler Abschaltungen bis hin zum Blackout zu werden (1, 15). Deutschland ist inzwischen zur Stromversorgung auf Importe (einschließlich Atom- und Kohlestrom) angewiesen.



Abb. 1: Strompreisanstieg 2020 bis 2022 durch Zertifikatehandel (aus 4)

Deutschland traf es besonders hart, weil es sich durch den Doppelausstieg aus Kohle und Kernkraft, einseitige Orientierung auf unstete Wind- und Sonnenenergie und russisches Erdgas verletzlich gemacht hatte

Fazit: Steigende Preise und sinkende Versorgungssicherheit gefährden den Industriestandort Deutschland und haben das Potenzial, unseren Wohlstand schnell, massiv und langfristig zu schädigen (10).

Es ist fatal, dass der nationale Sonderweg Deutschlands die globale atmosphärischen CO₂ - Konzentration trotzdem nicht senken wird (5, 7), denn bis 2030 darf z. B. China laut Pariser Abkommen jährlich 14 Md. t Mehremissionen ausstoßen, während EU (einschließlich Deutschlands), USA, Japan, Russland, Australien und Brasilien zusammen jährlich Emissionsminderungen von 4,4 Md. t erreichen sollen.

4. Krisenmanagement der Bundesregierung

Man konnte erwarten, dass die Bundesregierung spätestens ab Beginn des Ukrainekriegs zur Behebung des akuten Energiedefizits die Nutzung sämtlicher (auch einheimischer) Energieressourcen, auf die Deutschland ohne Russland Zugriff hat, in Angriff genommen hätte. Das ist nicht der Fall.

müssen (16). Es wird (b) unterschätzt, dass der diskontinuierliche Anfall von Sonnen- und Windenergie auch bei massivem Ausbau bestehen bleibt („Auch hundert Mal mehr Wind- und Solaranlagen erzeugen keinen Strom, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint“ (zitiert aus (14)). Daraus folgt, dass allein mittels „Osterpaket“ Energiesicherheit nicht erreichbar ist, sondern durch andere Energieträger kompensiert werden muss. Deshalb sah die Koalitionsvereinbarung als „Brückenlösung“ den Bau neuer Gaskraftwerke (23-40 GW) auf der Basis von russischen Gasimporten vor, was nun hinfällig ist.

Die Ampelregierung scheint keinen realistischen Ansatz zur Problembewältigung zu haben. Mit großen Verzögerungen und Widersprüchen wurden Hilfspakete zur Entlastung der Wirtschaft und Bevölkerung aufgelegt. So positiv Preisdeckelungen, Energiepauschalen etc. auch sind; sie werden nicht ausreichend und schon

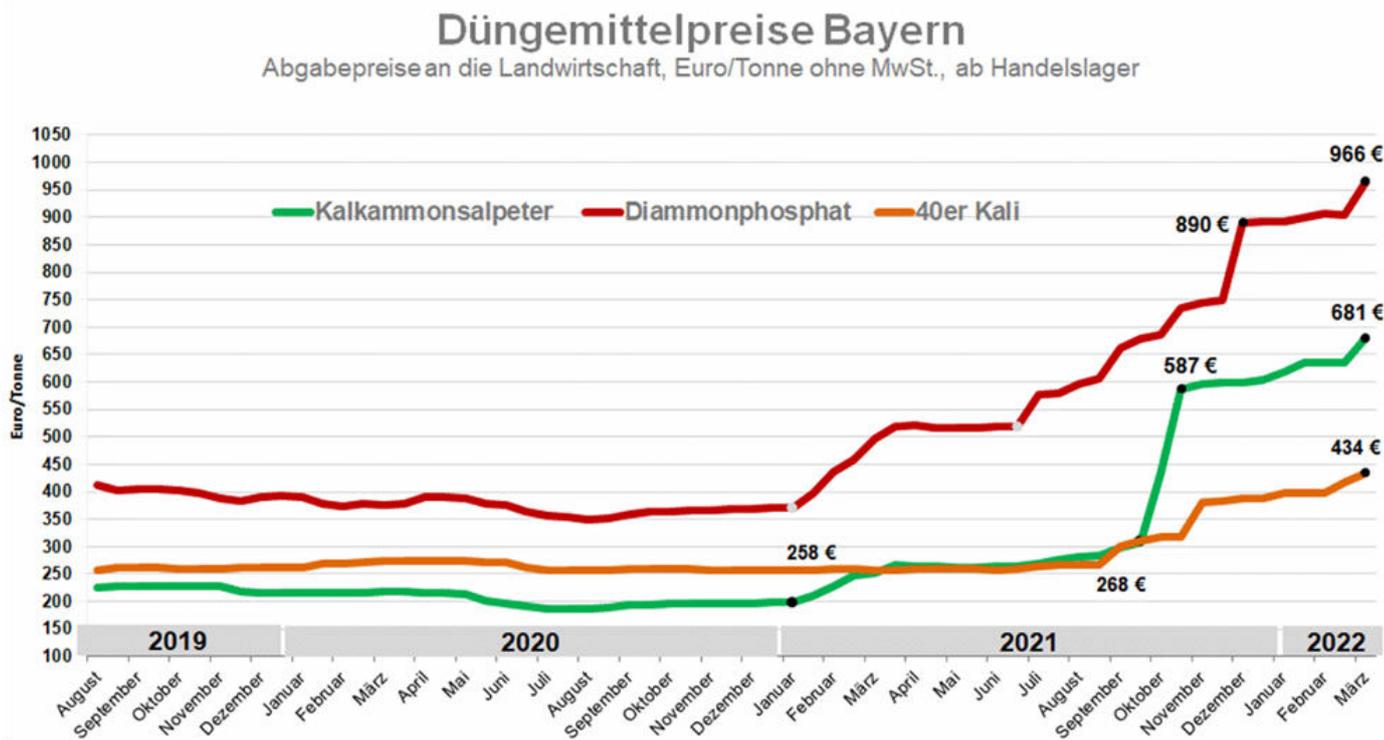


Abb.2: Düngemittelpreise Bayern 2019 bis 2022 (aus 12)

Sie hält daran fest, durch raschen Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik bis 2030 die Kohleverstromung zu beenden und bis 2035 den Strom zu 100% ausschließlich aus erneuerbaren „Freiheitsenergien“ („Osterpaket“) zu gewinnen (9). Dabei wird (a) ignoriert, dass diese Ausbauziele wegen defizitär arbeitenden Großanbietern (Vestas, Enercon) und Abwanderung der Windkraftindustrie (Rotorblätter, Stahltürme, Spezialgussteile) unrealistisch sind und über 50% der Rohstoffe aus China importiert werden

gar nicht langfristig vor den dramatischen Folgen der Energiepreis- und -Versorgungskrise schützen.

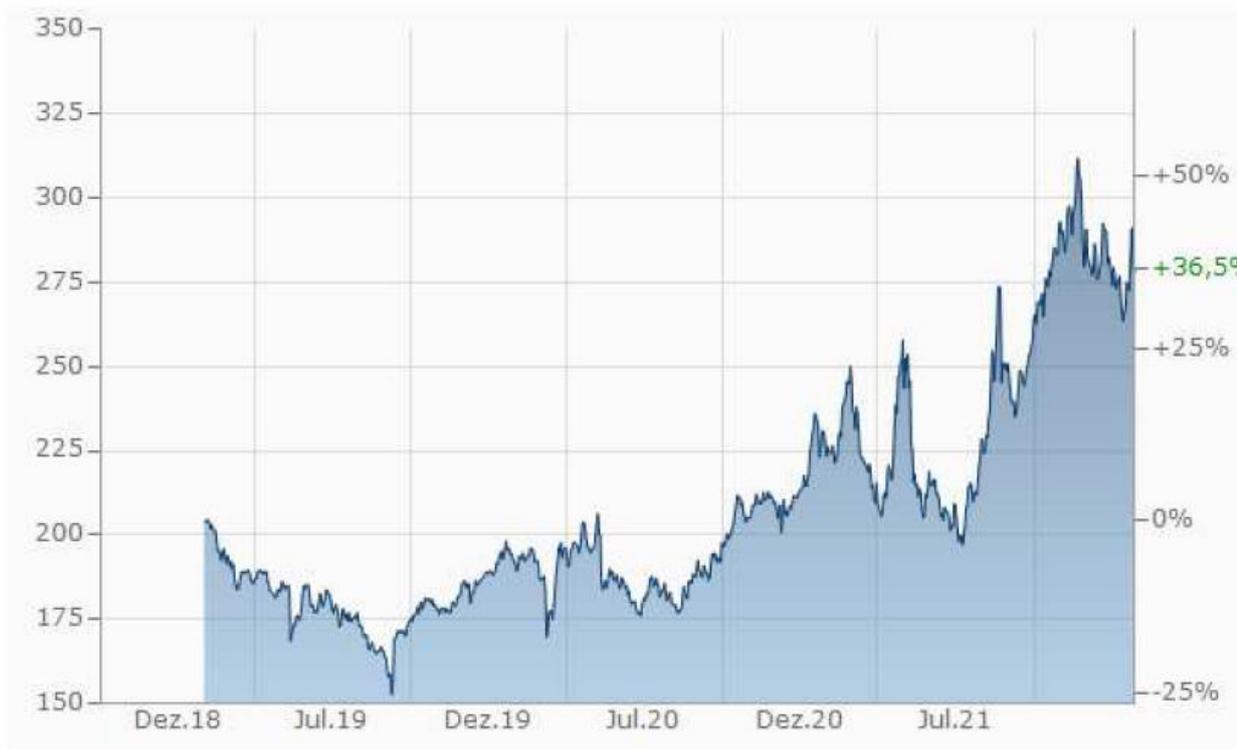
Rationale Maßnahmen zur Sicherung eines ausreichenden und bezahlbaren Energieangebots gibt es leider nur wenig, wie die Fakten zeigen:

- Entgegen dem Rat der Wirtschaftsweisen sollen die restlichen 3 KKW im April 2023 abgeschaltet

werden, obwohl sie ca. 10 Mill. Haushalte mit Strom versorgen. Das entstehende Defizit müsste durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden, obwohl bereits jetzt 13% des Erdgases in 26 Kraftwerken verstromt wird, und das Gas dringend für Industrie und Heizung benötigt wird (1). Eine Kompensation durch Windkraft oder Fotovoltaik würde mehrere Jahre benötigen.

kistan beliefern sollten, wurden nach Europa umgeleitet, weil hier höhere Preise locken. Bangladesch erlitt Strom-Blackouts, weil es sich den Kauf von Flüssiggas nicht leisten konnte. Indien sieht sich gezwungen, wegen reduzierter Gasimporte Kohlekraftwerke hochzufahren (19).

Weizenpreis in Euro



<https://www.finanzen.net/rohstoffe/weizenpreis>

Abb. 4: Weizenpreise in Deutschland von 2019 - 2021

- Die Pläne der Bundesregierung sehen den Bau zahlreicher weiterer Gaskraftwerke in Deutschland vor. Trotzdem weigert sich (bis auf einige FDP-Politiker) die Koalition, einheimische Gasvorräte (förderbar sind bis 2,8 Billionen m³, vgl. 7, 17, 18) zu nutzen (9), obwohl diese die russischen Lieferungen für einige Jahrzehnte weitgehend ersetzen könnten, und ihre Erschließung relativ kostengünstig und schnell (Prof. Amro, Bergakademie Freiberg, zit. nach 17) zu bewerkstelligen ist. Voraussetzung wäre die Aufhebung des faktischen Frackingverbots in Deutschland, was die Regierung ablehnt (9). Statt dessen wird gefracktes Flüssiggas zu exorbitanten Preisen importiert, was nicht nur die Energiepreise verteuert, sondern Entwicklungs- und Schwellenländer aus dem Markt drängt (19). Schiffe mit Flüssiggas, die Indien und Pa-

- Durch das Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz sollen Kohlekraftwerke (9,5 GW) wieder aktiviert werden (4). Trotzdem werden weiterhin über das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) Kohlekraftwerke abgeschaltet. Da wundert es nicht, dass erst 2 Kohlekraftwerke zugeschaltet wurden (6). Ein Beispiel für diese Konfusion sind die Bundestagsdrucksachen 20/4300 und 20/4299), nach denen in Nordrhein-Westfalen „die Laufzeitverlängerung der Braunkohleblöcke Neurath D und E bis März 2024 und ein Vorziehen des Kohleausstiegs von 2038 auf 2030 durch die Stilllegung der Blöcke Niederaußem K und Neurath F und G vorgesehen ist“ (Zitat aus 16). - Es sollen Ölkraftwerksschiffe genutzt werden, eine Technik, die sonst Entwicklungsländer einsetzen - mit schlechter CO₂-Bilanz.

- Obwohl bei der Kohle-, Gas- und Ölverstromung CO₂ emittiert wird, lehnt die Ampelkoalition die Aufhebung des faktischen Verbots der CO₂-Abscheidungs- und Speicher-Technologien (CCS, CCUS) strikt ab.
 - Statt dessen kauft die Bundesregierung zu exorbitant teuren Preisen von anderen Staaten das, was sie im eigenen Land billiger und umweltschonender hätte, aber zu Hause verpönt, nämlich Atomstrom, „gefracktes“ Erdgas oder die CO₂- Speicherung mittels CCS-Technik (Norwegen).

Fazit: Die jetzige Strategie der Bundesregierung kann eine sichere und bezahlbare Energieversorgung nicht gewährleisten und wird die CO₂-Emissionen erhöhen. Es ist deshalb eine rasche Umsteuerung erforderlich.

Unter dieser Prämisse ist die bereits zitierte Aussage von Ampelkoalition und Grünen zu werten, bis 2030 aus der Kohle auszusteigen und bis 2035 den Strom ausschließlich aus „erneuerbaren Energien“ (Wind, Sonne, Biogas etc.) zu gewinnen (9). Denn sie setzt voraus, dass aus diesen Quellen der Bedarf des Industriestandorts Deutschland zu decken sei. Diese Annahme gehört zu den gefährlichsten Illusionen der Gegenwart (10) und zwar aus folgenden Gründen:

a) Fluktuierend einspeisende Systeme (Sonne, Wind) erfordern, dass die täglichen sporadischen und saisonalen Versorgungslücken, die unabhängig von der Zahl der Anlagen auftreten, zuverlässig kompensiert werden.

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2021 (12.193 PJ*)

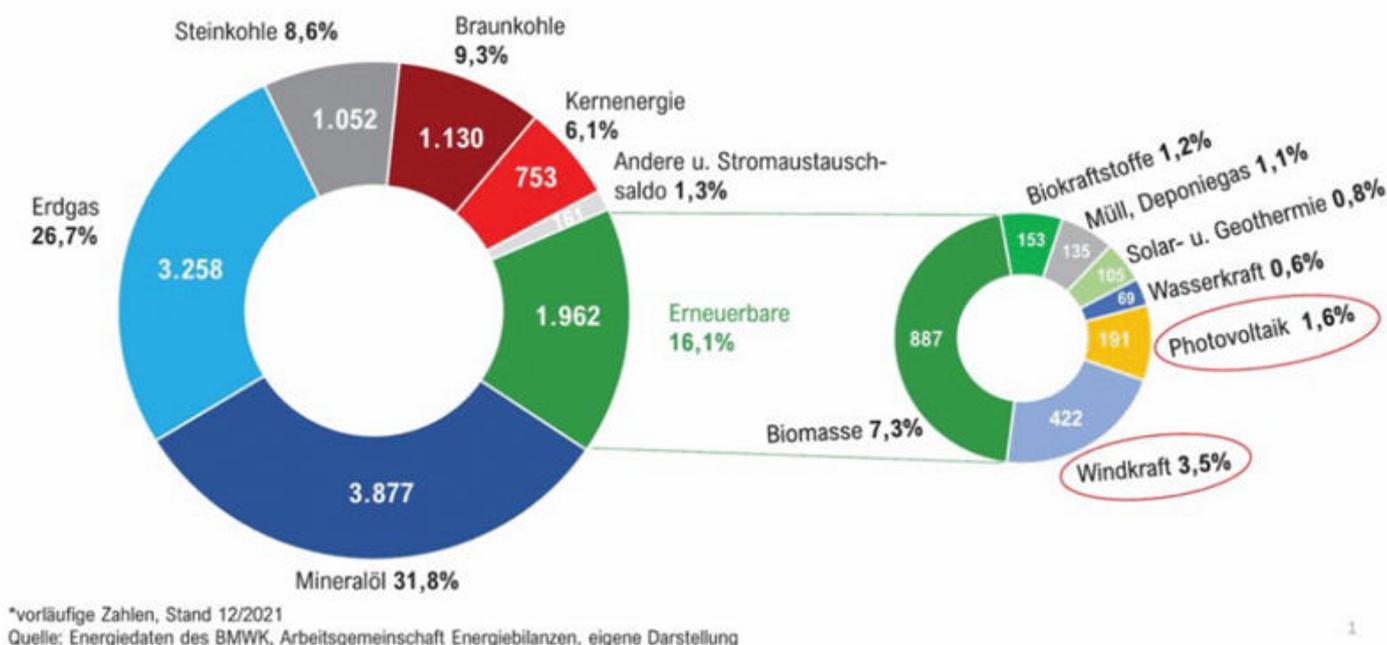


Abb. 4: Primärenergieverbrauch und Anteile einzelner Energieträger: Stand 12/2021 (aus 4)

5. Korrektur der deutschen Energiewende

Die deutsche Energiewende ist im bisherigen Ansatz zumindest mittelfristig gescheitert und muss korrigiert werden (4, 6, 7, 10, 14). Diese Aussage vertritt auch Sachsens Ministerpräsident Kretschmer. Dazu müsste die Ampel von der Vorstellung abrücken, dass der Ausbau von Wind- und Solarenergie die alleinige Lösung ist. Diese Energieträger sind zusammen mit anderen Energiequellen nur ein Element der Energiewende (14).

Da großtechnische und rentable Stromlangzeitspeicher in den nächsten Jahren nicht zur Verfügung stehen, kann Versorgungssicherheit nur in Verbindung mit konventionellen Kraftwerken („Back-up - Systemen“) gewährleistet werden (14), und zwar nicht (wie oft angenommen) als Brückentechnologie, sondern als Dauerlösung (15). In Frage kommen dafür (allein oder in Kombination):

1. Gaskraftwerke (Empfehlung der Kohlekommission

2019), die ausreichend Erdgas unter vorrangiger Einbeziehung heimischer Vorräte benötigen.

2. Kohlekraftwerke, möglichst mit billiger heimischer Kohle

3. Kernkraftwerke (KKW)

Dabei müssen Gas- und Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung und -Verklappung kombiniert werden, um CO₂-Emissionen zu vermeiden. Da KKW weitgehend CO₂-emissionsarm arbeiten und die begrenzten fossilen Rohstoffvorräte in der Industrie für Stoffsynthesen langfristig benötigt werden, sind KKW aus Gründen der Ressourceneffizienz zu bevorzugen, weshalb sie vom Weltklimarat und der EU empfohlen werden. Bei gleichzeitigem Kohle- und Kernenergieausstieg ist der Neubau von Gaskraftwerken in großem Stil unumgänglich, der je nach Elektrifizierungs-Szenario 2030 mit ca. 75 GW und 2050 bis zu 117 GW beziffert wird (DENA, zit. bei 15).

b) Zur vollständigen Deckung des Primärenergiebedarfs (also Strom + Verkehr + Heizung + Industrie) sind die „Erneuerbaren“ nicht geeignet. Derzeit beträgt der Anteil von Wind und Fotovoltaik an der Primärenergie ca. 5,1%. (Abb. 4). Bis zu 100% ist es also ein weiter Weg. Zu bedenken ist, dass der heutige Strombedarf (Jahresmittel ca. 65 - 80 GW) massiv zunehmen wird, wenn Mobilität, Heizung und Industriewärme elektrifiziert würden. Allein für die Chemieindustrie wird eine Vervierfachung erwartet (20). Für die Erzeugung dieser Strommengen durch Windkraft und Fotovoltaik werden die verfügbaren Flächen Deutschlands nicht ausreichen, abgesehen von den begleitenden Umweltauswirkungen und diskontinuierlichem Stromanfall. Stromgewinnung aus Biomasse lässt sich wegen der Konkurrenz zu Nahrungs- und Futtermittelproduktion nur begrenzt und aus Wasserkraft in Deutschland gar nicht steigern.

Wir sollten deshalb die Energieträger diversifizieren (Energienmix) und einen wesentlichen Teil unserer Energie aus einheimischen Quellen schöpfen, um unabhängiger von Wetterbedingungen und Importen zu sein. Und wir dürfen gesicherte Leistungen jetzt in der Krise nicht abschalten. Derzeit sind folgende Prämissen zu setzen (siehe bei 7, 14, 16):

- Laufzeitverlängerung der noch betriebenen Kernkraftwerke (KKW) über den April 2023 hinaus und Reaktivierung der Ende 2021 geschlossenen 3 KKW. Zur Sicherung der Energieversorgung in den kommenden Wintern und darüber hinaus ist dies ohne vernünftige Alternative. Da KKW kein CO₂ emittie-

ren, wäre dies ein Beitrag zur Dekarbonisierung. In Umfragen spricht sich die Bevölkerungsmehrheit für den Weiterbetrieb von KKW aus. Wir brauchen eine Neubewertung der Kernenergie. „Mit entsprechender Aufklärung über die Technik können Ängste abgebaut werden. Das betrifft auch den „Atommüll“, der in Zwischenlagern liegt. Er kann über KKW der vierten Generation und Transmutationsprozesse als neuer Brennstoff und damit weit über unser Jahrhundert hinaus als Energiequelle dienen“ (14) und Endlager entbehrlich machen.

- Technologieoffenheit bei modernen fossilen Energiewandlungstechnologien. Das de-facto-Verbot der CO₂-Verklappung (CCS) ist wegen der erzielbaren Emissionssenkungen und großer heimischer Vorkommen fossiler Energiequellen aufzuheben. Norwegen bietet unter der Nordsee anderen Ländern Speicherraum an. Diese Technologie wird vom Weltklimarat empfohlen. Ebenso wäre das Frackingverbot zu annullieren. Hierzu liegt dem Bundestag ein Bericht der „Frackingkommission (2021) vor.

- Erzeugung CO₂-freien Kohlestroms vorrangig aus eigenen Vorräten. Zur schnellen Krisenbewältigung wäre ein Moratorium zum Kohleausstiegsgesetz und zur Ausstiegsabsicht der Ampel bis 2030 nötig, so dass unsere preiswerte Braunkohle in Verbindung mit dem CCS-Verfahren CO₂-emissionsfrei genutzt werden könnte.

- Ausweitung der Nutzung von heimischem Erdgas. Die Gewinnung von Schiefergas mittels Fracking ist zu empfehlen. Wenn wir aus anderen Ländern gefracktes Gas importieren, ist Fracking-Ablehnung bei eigener Gasförderung aus Umweltschutzgründen unglauwürdig. Die heimischen Erdgaslager reichen für einige Jahrzehnte (7, 17, 18).

- Vermeidung zusätzlicher Lasten auf der Verbraucherseite. Es ist kontraproduktiv, während der Energiekrise Stromverbrauch über Subventionen für die (teils Kohlestrom-betriebene) E-Mobilität anzureizen und gleichzeitig Steuergeld für Strompreismotoren einzusetzen (16).

6. Zusammenfassung

Im Zuge der Ablösung fossiler, CO₂-emittierender Energieträger durch erneuerbare Energiequellen (Dekarbonisierung) kam es seit Mitte 2021 zur Energieverknappung und -Verteuerung, die sich 2022 durch den Ukrainekrieg und die Sanktionen verschärfte. Diese Entwicklung hat das Potential,

Wirtschaft und Wohlstand schnell, massiv und langfristig zu schädigen.

Die deutsche Energiewende muss überdacht und neu justiert werden. Der durch die Ampel geplante forcierte Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik kann den Energiebedarf des Industriestandortes Deutschland allein nicht decken. Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- Laufzeitverlängerung der 3 noch betriebenen Kernkraftwerke und Reaktivierung der Ende 2021 abgeschalteten 3 KKW
- Moratorium zum Kohleausstiegsgesetz und zur vorgezogenen Schließungsabsicht der Ampel und kurzfristige Reaktivierung still gelegter Kohlekraftwerke
- Nutzung der heimischen Erdgasvorkommen zur Entlastung des teuren Flüssiggasimports und Aufhebung des faktischen Fracking-Verbots
- Aufhebung des Verbots der CO₂-Abscheidungs- und Speicherungs - Technologien und Erzeugung CO₂-freien Stroms aus Kohle und Gas vorrangig aus einheimischen Vorräten.

Quellen

- (1) F. Vahrenholt: Newsletter 12. 10. 2022
- (2) Akademie Bergstraße: Deindustrialisierung Deutschlands und Europas. Doku 2022
- (3) S. Lüning: Klimabericht Nr. 43, 2021
- (4) F. Vahrenholt: Vortrag Mittelstandsinitiative Magdeburg 13. 10. 2022
- (5) W. Bennert et al.: Kann der Mensch das Klima retten. 5. Auflage Erfurt 2019
- (6) F. Hennig: Focus online 25. 3. 2022
- (7) W. Merbach: EAK - Rundbrief Sachsen-Anhalt Dezember 2019, Ev. Verantwortung 7/8 2019 bzw. 9/10 (2022)
- (8) H. Steltzner: FAZ 1. 2. 2019
- (9) R. Lang: Interview Welt 11. 9. 2022
- (10) S. Aust: Interview Welt 25. 6. 2022; F. Vahrenholt, Newsletter März 2022
- (11) S. Höhn., mdr 18. 9. 2022
- (12) O. Zinke: Agrarheute online 2. 9. 2022
- (13) Deutsche Wirtschaftsnachrichten 3. 11. 2022
- (14) M. Beckmann: Interview 8. 11. 2022
<https://epaper.lvz.de/webreader-v3/index.html#/963568/7>
<https://epaper.lvz.de/webreader-v3/index.html#/963568/73/5>
- (15) H. Paulitz: Strommangelwirtschaft. Akademie Bergstraße, 5. Auflage 2021

(16) F. Hennig: Stellungnahme Deutscher Bundestag zu Drucksachen 20/4299 und 20/4300 am 15. 11. 2022

(17) M. Limburg: Schiefer- und Flözgasgewinnung mittels unkonventioneller Methoden 2. 5. 2022

(<https://eike-klima-energie.eu>)

(18) Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Abschätzung des Erdgas-potentials an dichtem Tiefengestein (Schiefergas) in Deutschland, Hannover 2012

(19) M. Mugglin: Newsletter Infosperber (Schweiz) 15. 11. 2022

(20) M. Bruder Müller: Handelsblatt 24. 9. 2022

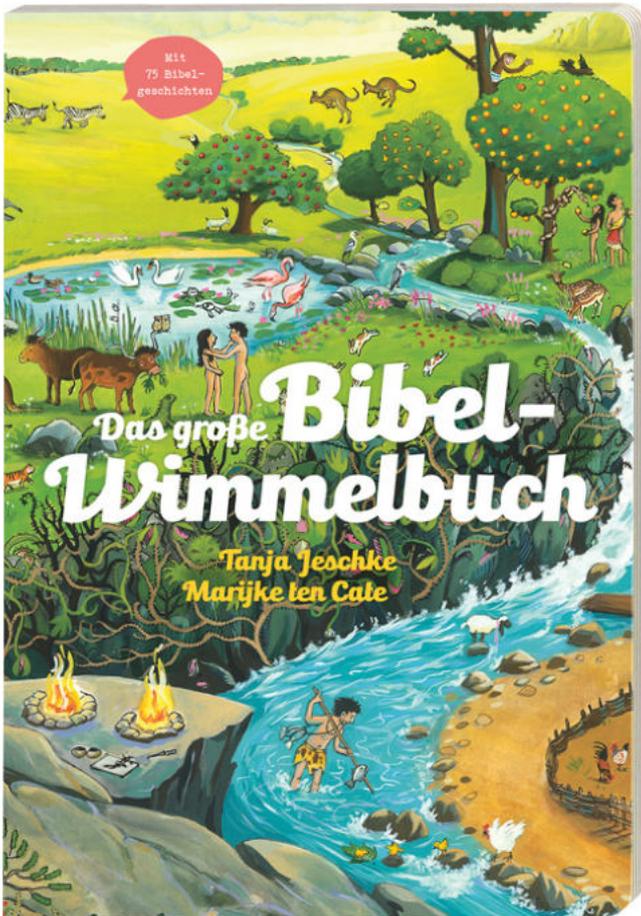


Herrnhuter Stern ©Foto: J. Scharf



Lichterwelt in Magdeburg Foto: B. Nether

Kinderliteraturtipp



Tanja Jeschke, Marijke ten Cate(Ill.)

Das große Bibel-Wimmelbuch

Mit 75 Bibelgeschichten

Stuttgart: Deutsche Bibelgesellschaft, 2021

ISBN: 978-3-438-04095-4

Preis: 12,95 €, 16 Seiten, Pappbilderbuch

Altersempfehlung: ab 3 Jahre

Erwachsene zu den Bildern erzählen oder Kinder nach der Rezeption der Geschichten in anderer Form diese noch einmal rekapitulieren und ko-konstruieren können. Das gelingt dem Buch gerade aufgrund der geschickt gesetzten Impulse und Leerstellen sehr gut. Es fasziniert und fordert zum eigenen Denken und Erzählen heraus. Das überzeugt und ist daher sehr zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: MP Dr. Reiner Haseloff, Anne-Marie Keding MdL, Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach, Prof. Dr. Michael Ritter, StMin. Rainer Robra, Regionalbischof Dr. Dr. h.c. Johann Schneider, Stephen Gerhard Stehli MdL

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: Dezember 2022:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.